

Die Konjunkturaussichten sind derzeit so günstig wie lange nicht mehr. Deutschland befindet sich wie die anderen EWU-Länder in einem kräftigen wirtschaftlichen Aufschwung. Motor ist der Export, der von der expandierenden Weltkonjunktur und der Abwertung des Euro erhebliche Impulse erhält. Im Gefolge des Exportbooms hat die Binnennachfrage ebenfalls merklich an Schwung gewonnen. Die Aufwärtsentwicklung hat inzwischen auch den Arbeitsmarkt erfasst; seit Herbst letzten Jahres hat die Zahl der Erwerbstätigen spürbar zugenommen, und die Arbeitslosigkeit ist, lässt man saisonale Schwankungen außer Acht, deutlich zurückgegangen. Zwar hat sich als Folge der kräftig gestiegenen Ölpreise und der Euro-Schwäche der Preisanstieg verstärkt, die Inflationsraten liegen aber immer noch deutlich unter 2%.

Vor diesem Hintergrund ist denn auch die Frühjahrsdiagnose der sechs großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute – die Hundertste ihrer Art – relativ günstig ausgefallen. Die Institute erwarten für Deutschland für die Jahre 2000 und 2001 ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts um jeweils 2,8%. Das ist deutlich mehr als im Durchschnitt der neunziger Jahre; Deutschland würde damit nach mehreren Jahren des Hinterherhinkens wieder Anschluss an das Wachstumstempo des Euro-Raums insgesamt finden. Auch für den Arbeitsmarkt zeichnen die Institute ein recht optimistisches Bild. Die Beschäftigung wird im Zuge der konjunkturellen Expansion spürbar zunehmen, und die Zahl der Arbeitslosen wird, unterstützt durch einen demographisch bedingten weiteren Rückgang des Arbeitskräfteangebots, deutlich sinken; im Jahresdurchschnitt 2001 wird sie um rund 600 000 niedriger sein als 1999. Dies alles vollzieht sich bei annähernd stabilem Preisniveau. Gefördert durch die Rückbildung des Ölpreises und eine moderate Lohnentwicklung wird der



Eckhardt Wohlers

Rosige Aussichten

Anstieg der Verbraucherpreise in diesem wie auch im nächsten Jahr 1,5% nicht überschreiten.

Trotz der insgesamt rosigen Aussichten besteht aber kein Anlass zu Euphorie. Denn für eine durchgreifende Besserung der Beschäftigungssituation ist auf Jahre hinaus eine hohe Wachstumsdynamik mit Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts in der prognostizierten Größenordnung oder sogar darüber hinausgehend notwendig. Bereits im nächsten Jahr wird sich aber die konjunkturelle Grundtendenz in Deutschland wie auch in anderen EWU-Ländern wieder etwas abschwächen. Ausschlaggebend dafür ist, dass die Weltkonjunktur mit der – durchaus erwünschten – Verlangsamung der immer noch sehr kräftigen Expansion in den USA etwas an Fahrt verlieren wird; zudem werden die von der Abwertung des Euro ausgehenden Impulse schwächer. Hinzu kommt, dass die Europäische Zentralbank angesichts der deutlichen Verbesserung der konjunkturellen Lage im Euro-Raum und einer kräftigen Geldmengenausweitung die Zügel spürbar angezogen hat und von einem stimulierenden auf einen annähernd neutralen Kurs eingeschwenkt ist.

Um den Spielraum für ein spannungsfreies Wachstum zu erhöhen und die Bedingungen für einen lang

anhaltenden Aufschwung zu verbessern, ist eine grundlegende Stärkung der wirtschaftlichen Dynamik notwendig. Die Bundesregierung ist mit ihren steuerpolitischen Vorhaben – der Reform der Unternehmensbesteuerung und dem Vorziehen der dritten Stufe des Steuerentlastungsgesetzes auf das Jahr 2001 – dabei im Grundsatz auf dem richtigen Weg. Die Steuerreformpläne geben aber nach wie vor auch Anlass zur Kritik. Denn sie führen zu einer starken Spreizung zwischen dem Steuersatz für Unternehmen und dem Spitzensatz der Einkommensteuer. Überdies wird durch die vorgesehene Optionsmöglichkeit für Personengesellschaften das Steuerrecht noch komplizierter.

Auch werden für Bezieher mittlerer Einkommen, die ohnehin schon von der „kalten Progression“ arg gebeutelt sind, die Grenzsteuersätze nur mäßig sinken, weil die obere Proportionalzone, bei der der Spitzensatz zu greifen beginnt, nun früher einsetzt. Deshalb plädieren die Institute für eine stärkere Abflachung des Einkommensteuertarifs. Am besten wäre es, den Beginn der oberen Proportionalzone höher anzusetzen und ihn laufend der Einkommensentwicklung anzupassen. Ein flacherer Tarif könnte aber auch durch eine stärkere Herabsetzung des Spitzensteuersatzes erreicht werden; damit würde zudem der Abstand zum Unternehmensteuersatz geringer. Solche weitgehenden Schritte wären zwar mit höheren Steuerausfällen verbunden als die Pläne der Bundesregierung. Sie könnten aber stufenweise verwirklicht werden, so dass die notwendige Rückführung der Defizite in den öffentlichen Haushalten nicht gefährdet und der Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht verletzt wäre. Eine nachhaltige Steuerentlastung würde es überdies der Lohnpolitik leichter machen, durch moderate Tarifabschlüsse zur Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen beizutragen.